

Zeitschrift:	Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber:	Widerspruch
Band:	9 (1989)
Heft:	17
Artikel:	Die Initiative der GSoA macht mobil : Überlegungen zur grünen und sozialdemokratischen Skepsis nach dem SPS-Parteitag vom 3. Juni 1989
Autor:	Gross, Andreas
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-652123

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

mehr thematisch auszuweiten, bis hin zu «Erscheinungen des Bösen» (das ist falsche, auswegslose Radikalität), wieder die Gretchenfrage ins Zentrum rückt: die Militärfrage. Und dies ist, zuende gedacht, dann in der Tat vieldimensional, überaus komplex, vielschichtig, geht an die Wurzel nicht nur des politischen Denkens, sondern unserer tradierten politischen Ordnungsvorstellungen überhaupt, die wir anscheinend von ihrer staatlichen Gestalt, dem engen Horizont der Staatlichkeit nicht zu lösen, zu befreien in der Lage sind. Utopie? Aber warum denn nicht, wenn wirklich «neue Denkweisen» gefordert sein sollen. Nennen wir's statt dessen vielleicht besser und richtiger antizipierendes Vorausdenken über das katastrophengesättigte Bestehende hinaus: die Richtung – Friedensforschung als fundamentale Militärkritik – ist wichtiger als der Entwurf irgendwelcher «utopischer» Idealweltordnungen.

* Dieser hier stark gekürzte Beitrag erschien in: B.Moltmann (Hg.): Perspektiven der Forchungspolitik. Schriften der Arbeitsgemeinschaft f. Friedens- und Konfliktforschung. Tübingen 1988. Der Titel stammt von der Red. Teile des Beitrags waren in der GSoA-Zitig, Dez./88 zu lesen. Hinzuweisen ist auf das Buch von E. Krippendorff: Staat und Krieg. Zur Logik der politischen Unvernunft. Frankfurt/M. 1984.

Andreas Gross

Die Initiative der GSoA macht mobil

Überlegungen zur grünen und sozialdemokratischen Skepsis nach dem SPS-Parteitag vom 3. Juni 1989

In der Schweiz fehlt es der ‚Gruppe Schweiz ohne Armee‘ weder an mobilisierenden und stimulierenden Gründen noch sind die friedenspolitischen Chancen kleiner geworden, im Gegenteil. Viele engagierte Menschen im linken und grünen Spektrum, vor allem aber auch viele politisch bisher eher zurückhaltende Landsleute haben dies erkannt. Sie sind in den letzten Monaten im näheren und weiteren Umfeld der GSoA in einem Ausmass aktiv geworden, wie auch die GSoA-Engagierten selber dies kaum zu hoffen wagten. Sie waren und sind es, die aus der „Schweiz ohne Armee“, lange Zeit ein eidgenössisches „Unthema“, das „Thema des Jahres“ (Dieter Bachmann) machen.

Gerade im alternden Teil der Neuen Linken begegnete man der GSoA-Initiative jahrelang mit grosser Skepsis bis Ablehnung (1). Entsprechende Blockierungen bestehen nach wie vor (2). Dies haben vor allem einige linksgrüne Voten in der Nationalratsdebatte zur GSoA und in den Sektionsdebatten im Vorfeld des ausserordentlichen SPS-Parteitages zur GSoA wie auch an diesem selber gezeigt.

Ausdruck der friedenspolitischen Bewegung, von der zumindest die beweglicheren Teile der organisierten schweizerischen Politik in den vergangenen Monaten erfasst worden sind, ist die Debatte und das Ergebnis am Parteitag innerhalb der SPS (3). Sicher wären wir vor zwei Jahren noch zufrieden gewesen, wenn man uns damals gesagt hätte, wir würden eine Diskussion in der SPS entfachen können, in deren Verlauf ganze Kantonalparteien wie jene des Jura, Genf und Nidwaldens (!) ebenso uneingeschränkt Ja sagen würden zur GSoA-Initiative wie über 30 SP-Sektionen im Kanton Zürich (eine Zweidrittelsmehrheit zog die klare Ja-Parole der Empfehlung auf Stimmfreigabe vor), drei Viertel der Sektionen der SP Baselstadt sowie klare Mehrheiten in den Kantonen Baselland, Thurgau, St. Gallen oder Luzern. Und wohl keiner unter uns hätte zu hoffen gewagt, dass 71 Prozent von fast 1000 Parteitagsdelegierten sich grundsätzlich für die Abschaffung der Armee aussprechen würden. Davon hatten sich bürgerliche Vordenker wie NZZ-Redaktor und FDP-Nationalrat Kurt Müller noch sieben Tage nach dem Parteitag nicht erholt.

Weshalb sind die GSoA-Engagierten unter den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dennoch enttäuscht? Sehr wahrscheinlich deshalb, weil wir in den vergangenen sechs Monaten gemerkt haben, dass die grosse Mehrheit der SPS von der Richtigkeit der GSoA-Initiative überzeugt ist und wir im Namen einer besseren Zukunft der Sozialdemokratie gewünscht wie zugetraut hätten, sie möge diese innere Überzeugung über eine entsprechende Parole auch nach aussen dokumentieren. Dass der Parteitag beziehungsweise viele Sektionen, welche ihre Delegierten anders mandatiert hatten, so dass diese aus möglichen Erkenntnissen am Parteitag in der entscheidenden Abstimmung keine Konsequenzen ziehen konnten, dazu den Mut nicht fanden, ist enttäuschend.

Die SPS hat damit die historische Chance verpasst, alle gängigen Vorurteile gegenüber „Politik“ und „Parteipolitik“ zu widerlegen, wonach Parteien sich selber gewöhnlich über die Sache stellen, sich eher an der Vergangenheit als an der Zukunft orientieren, gesellschaftliche Veränderungen meist bloss nachvollziehen statt initiieren und anstoßen. Das hat viele tausend jüngere und ältere Bürgerinnen und Bürger enttäuscht, welche dank der Mobilisierung durch die GSoA erstmals seit langem wieder – oder erstmals überhaupt – sich für den Ausgang eines SPS-Parteitages interessiert haben und jetzt wieder verdrossen wegsehen werden, wenn von Parteien im allgemeinen und von der SPS im besonderen die Rede sein wird. Sie wurden enttäuscht von einem Helmut Hubacher, der in trauriger Symbolhaftigkeit sich zwar mit einem Zitat von Willy Ritschard zur „gemeinsamen Suche nach der Wahrheit“ bekannte, jedoch den Parteitag mit der ebenso voreiligen wie gedankenlosen These eröffnete, wonach „die Wahrheit in der Mitte liegt“! Sie sind enttäuscht von einer SPS, welche vor den Wahlen 1987 über ihren Wahlparteitag im gleichen Kursaal zu Bern die Parole an die Wand hängte „Die Utopien von heute sind die Realität von morgen“, jedoch zwei Jahre später die Kraft nicht besass, gegen innere Widerstände darin auch politische Inhalte für heute und morgen zu erkennen.

Ein nicht-sozialdemokratisches GSoA-Mitglied muss dies nicht besonders kümmern. Er oder sie mag von der SPS nicht mehr erwartet haben. Und man konnte vorallem zufrieden sein mit dem Echo, das die Stimmfreigabe-Parole des SPS-Vorstandes, der nachfolgende, kontraproduktive Angriff von SVP-Nationalrat und Waffenhändler Blocher sowie die Vorbereitung des Parteitages in Form von Hunderten von Diskussionsabenden auslösten, dank dem die GSoA-Initiative zum Tagesgespräch wurde und Militarismus weiterhin ein Dauerthema bleiben wird (4). Einem sozialdemokratischen GSoA-Engagierten reicht dies allerdings noch nicht. Mich hat überrascht, dass die Freie Liste Bern, aus einer Abspaltung aus der FDP-Bern hervorgegangen und wie die SP auch in der Kantonsregierung vertreten, sich von der militarisierten politischen Klasse in der Schweiz eher zu lösen und sich an der weit weniger militarisierten zivilen Gesellschaft der Schweiz besser zu orientieren vermochte als die SPS, an deren historische Identität die GSoA doch angeknüpft hat (5).

Die Begründung ist wohl darin zu finden, dass in einer jungen Partei die Institutionalisierung, die Integration in das politische System, die „Einbindung der Machtlosen in die Macht“ (François Masnata) noch nicht so weit gediehen ist, um das Denken und vor allem das Handeln der aktiven Basis zu prägen.

Es ist diese Fixierung auf die institutionelle Machtpolitik, welche den Ausgang des Berner SPS-Parteitages vom 3. Juni zur Folge hatte. Jene, welche von den Institutionen geprägt sind, vor allem viele der National-, Stadt- und Kantonsräte, konnten sich gegenüber einer nach den teilweise gescheiterten Aufbrüchen der 70er und ersten 80er Jahre verunsicherten SP-Basis durchsetzen und die Stimmfreigabe durchdrücken. Im Unterschied zur Ansicht Hubachers, der aktivistischen Basis eines SPS-Parteitages fehlte es am „Bezug zur Macht“, habe ich den Eindruck, die Vereinnahmung durch die institutionelle Macht sei bereits zu gross und beherrsche das Denken und politische Handeln. Dafür lassen sich in der SPS verschiedene Belege anführen:

- Es wurde viel nach hinten geblickt, vor und nach dem Parteitag, statt dass die GSoA-Initiative als Entwurf für eine neue, solidarische Schweiz von morgen (Titel des SPS-Parteiprogramms von 1943!) und als eine Einladung, zu dessen Konkretisierung beizutragen, erkannt worden wäre. Zu viele meinten, Erreichtes würde in Frage gestellt, wenn die Partei als Kollektiv sich zu Neuem bekennen würde. Doch Institutionen sind immer auch der geprägte Ausdruck vergangener Politik und vergangener Machtverhältnisse. Wo institutionelles Denken herrscht, dominiert die Fixierung auf Vergangenes. Insofern musste ich am Parteitag oft an die Kritik des Tessiner FDP-Nationalrates Sergio Salvioni denken, der gegenüber der „Schweizer Illustrierten“ (29. Mai 1989, S. 45) meinte: „Unsere Politik ist auf das Erreichte ausgerichtet. Wir politisieren in ständiger Furcht, das Erreichte sei durch Veränderungen gefährdet.“ Das gilt grundsätzlich auch für die SPS-Mehrheit.
- Selbst die Sozialdemokratin Gret Haller akzeptiert ihre Mitinsassen im Bundeshaus als die eigentliche Referenzkategorie ihrer Politik, wenn sie, geprägt und wohl auch geschockt von der Hegemonie des Militärischen unter

der Bundeshauskuppel, sich der „militärischen Versuchsanlage“ der „Ausgrenzung“ mit einer Stimmfreigabe entziehen möchte. Doch was, wenn „draussen im Lande“ schon viel offener und weniger ausgrenzend gedacht wird? Was, wenn viele einfache Menschen, so wie wir dies während der Unterschriftensammlung erfahren haben, weit offener auf eine „Schweiz ohne Armee“ einzugehen fähig sind als die Mitglieder der politischen Klasse im Bundeshaus? Was, wenn diese Menschen die Stimmfreigabe als typisch politikantenhaftes Kneifen empfinden und auch noch ihren restlichen Respekt vor parlamentarischer Politik, auch sozialdemokratischer, verlieren?

In welchen Ausmass auch kritische und subjektiv „schampar unbequeme“ SP-Nationalräte die Wirklichkeit in der Schweiz nur durch die Bundeshausbrille zu betrachten vermögen und somit erkennen, zeigt die Antwort eines Helmut Hubacher auf eine Frage des „Sonntags-Blick“ (4. Juni 1989): „Ich glaube, die Initiative werde einen vaterländischen Krieg auslösen. Denn aus meiner langjährigen Erfahrung weiss ich, dass im Parlament Armeefragen nie offen diskutiert werden. Es wird aus allem eine Gretchenfrage gemacht. Ich habe gedacht, bei diesem Volk, dieser Tradition, bei diesem Stellenwert, den die Armee bei uns einnimmt, kann das für die SP nur eine Zerreissprobe zur Folge haben.“ Hubacher gestand in den darauffolgenden Tagen mehrmals ein, sich in dieser Beziehung geirrt zu haben. Diskussionsfähigkeit und Diskussionsbereitschaft seien viel grösser, als er sich habe vorstellen können. Doch sein Erkenntnisprozess ist noch im Gange: Er wird wohl noch sehen, dass der Diskussionsbereitschaft auch ein sachlicher Wille entspricht, „das Neue Denken“ auch in der Schweiz aufzunehmen und umzusetzen.

— Das schon fast geflügelte Wort des ehemaligen Präsidenten der SP des Kantons Zürich und Kritikers der GSoA-Initiative, Martin Lenzlinger, im Parteivorstand der SPS, wonach er in den Thesen der Geschäftsleitung *gegen* die GSoA kein einziges Argument *für* die Armee zu erkennen vermocht habe, deutet auf eine wesentliche Schwäche der meisten GSoA-Gegner in der SPS hin: Die meisten von ihnen (Ausnahmen wären der Thuner Stadtpräsident Ernst Eggenberger, Bundesrat Otto Stich oder der Basler Ständerat Carl Miville) sind eigentlich nicht überzeugt von der Existenzberechtigung der Schweizer Armee. Es sind vorwiegend taktische Fragen von Form, Zeitpunkt und Umfeld, welche sie davor zurückschrecken lassen, ihrer Einsicht gemäss zu urteilen und zu handeln. Die einen argumentieren rein innenpolitisch, wenn sie vor den Folgen einer Armeeabschaffung warnen (W. Sieg, U. Kaltenrieder, M. Lenzlinger), während andere meinen, innenpolitisch gebe es wenig Argumente für die Armee, doch seien die aussenpolitischen Umstände „noch nicht“ entsprechend weit gediehen (Heiner Ott, Yvette Jaggi, Ruedi Vetterli, Elmar Ledergerber).

— Schliesslich haben viele der die GSoA-Initiative ablehnenden SP-Nationalräte (explizit so haben R. Longuet, S. Bircher und Ursula Hafner argumentiert) ein institutionelles Verhältnis zum Instrument der Volksinitiative und erkennen wohl als Ausdruck eines verinnerlichten pragmatischen Verständnisses von Politik deren Anstoss-Charakter. Sie haben sich alle über die „Absolutheit“ der GSoA-Initiative beklagt und verkannt, dass es Fragen ge-

ben kann, die tatsächlich eindeutig beantwortet werden müssen. Ebenso ist es wohl die primäre Aufgabe von Volksinitiativen, mit klaren Thesen grundlegende Prozesse in Gang zu bringen. Dies hat der Freiburger SP-Nationalrat Cyril Brügger durchaus auszuzeigen versucht: „Volksinitiativen sind eigentlich nichts anderes als der ehrliche Versuch, Antworten auf gesellschaftspolitische Fragen zu geben. Sie lösen einen Denkprozess aus und vermögen vielfach auch eine Idee in Fahrt zu bringen, die früher oder später irgendwie in abgeschwächter Form doch zum Tragen kommen wird.“ (Protokoll des Nationalrates, Band IV/1988, S. 1758)

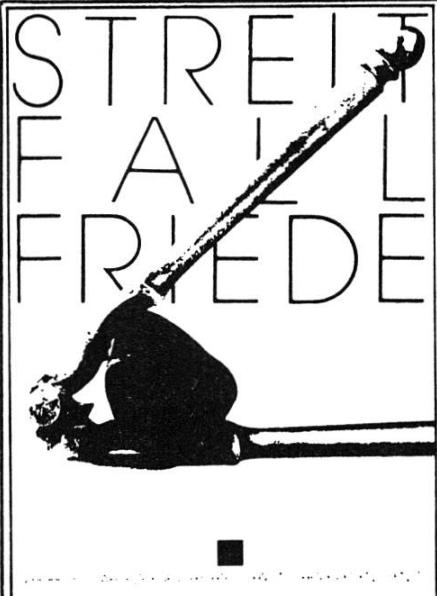
Bei all dem ist es tröstlich und von einem GSoA-Standpunkt aus letztlich entscheidend, dass die allermeisten der sozialdemokratischen und grünen Kritikerinnen und Kritiker der GSoA-Initiative ihr am 26. November ganz privat zustimmen und ein Ja in die Urne werfen werden.

Die im Umfeld der SPS und der Grünen in den vergangenen Monaten gemachten Erfahrungen waren die denkbar beste Vorbereitung auf die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen GSoA-Gegnerschaft. Doch das Problem der GSoA wird wohl sein, dass, wie Martin Lenzlinger festgestellt hat, es die Armeebefürworter sind, welche sich „emotional“ und national einsetzen werden, sich der rationalen Argumentation verschliessen, während die GSoA-Engagierten gerade auf der rationalen Ebene besonders überzeugend wirken können. Denn die gegenwärtigen und künftigen Umstände sprechen für unsere Argumente, für eine Abschaffung der Armee. Entsprechend dem GSoA-Leitmotiv: „Die Armee zerstört im Frieden, was sie im Krieg – vergeblich – beschützen will.“

Anmerkungen

- 1) Ich habe mich zusammen mit Werner Seitz mit der damaligen „stillschweigenden“ Ablehnung innerhalb der Linken zur Halbzeit der Unterschriftensammlung im WIDERSPRUCH 10 vom Dezember 85 auseinandergesetzt. Eine der zentralen Thesen von damals: „Realpolitische Erwägungen beherrschen auch die Linke hierzulande; ebenso ein politisches Denken in der je eigenen gewohnten Struktur: Den institutionalisierten Parteien und Realpolitikern ist die Initiative zu unkonventionell, zu ‚utopisch‘, den sich als ‚Autonome‘ verstehenden Anti-Institutionalisten ist sie vielfach zu traditionell, pragmatisch. (...) Die Chance dieser Volksinitiative liegt in der realutopischen Erweiterung der politischen Diskussion.“ S. in: A. Gross/W. Seitz „Wider den realpolitischen und vaterländischen Geist unter den Linken; zum Umgang mit der Initiative „Für eine Schweiz ohne Armee“ als Spiegel der helvetischen politischen Kultur, in: Widerspruch 10, Zürich 1985, vollständig abgedruckt im Sammelband „Unterwegs zu einer Schweiz ohne Armee; der freie Gang aus der politischen Festung“ Hrsg. von Roman Brodmann u.a., Basel, 1986.
- 2) Aber es lassen sich auch Entblockierungen feststellen, so z.B. beim ehem. Vorwärts-Redaktor und PdA-Eurokommunisten Karl Odermatt. Man vergleiche die Ausführungen des Vorwärts v. 20.6.85 mit denen im Vorwärts v. 1.6.89. Weitere derartige Wandlungen vor allem von sozialdemokratischen Genossinnen und Genossen sind im neuen Sammelband „Denkanstösse zu einer anstössigen Initiative, SozialdemokratInnen für eine Schweiz ohne Armee“ dokumentiert (Hrsg. von Andi Gross u.a., Realotopia-Verlag, Zürich 1989). Besonders bemerkenswert sind die entsprechenden Zeugnisse des langjährigen SP-Gemeindepräsidenten und Kompaniekommandanten Heinrich Walther aus Gossau (ZH), der Aargauer SP-Grossrätin und Biologin Helen Müri und des Küsnachter SP-Gemeinderates und Redaktors der „Neuen Wege“, Willy Spieler, dessen Skepsis zur GSoA-Initiative ebenso einer starken argumentativen Unterstützung gewichen ist.

- 3) Deren schriftlicher Niederschlag umfasst einige Dutzend Seiten, welche im GSoA-Jahrbuch 89/1 (August 89), umfassend dokumentiert sein werden. Darin sind auch alle Artikel enthalten, welche im folgenden erwähnt werden (Bezug via GSoA, Postfach 261, 8026 Zürich).
- 4) Mit den im Vorfeld des Parteitages für die Stimmfreigabe geäusserten Argumenten habe ich mich vor allem in meinem Beitrag zu den „Denkanstössen“ auseinandergesetzt: „Für ein emanzipatorisches und mobilisierendes Politikverständnis. Eine Entgegnung auf Einwände gegen die Ja-Parole der SPS“, S. 247 - 264.
- 5) Zur reichhaltigen Geschichte der Idee der „Schweiz ohne Armee“ in der schweizerischen Arbeiterbewegung im allgemeinen und der SPS im besonderen möchte ich auf meinen entsprechend langen und aktualisierten Aufsatz im oben erwähnten Sammelband „Denkanstöße zu einer anstössigen Initiative“ verweisen (S. 15 – 68).



STREIFALF FRIEDE

Christlicher Friedensdienst

"Streiffall Friede" - ein Widerspruch? Die Entwicklung des cfd zeigt, dass um den Frieden nicht nur gestritten werden kann, sondern auch gestritten werden muss.

In einem Rückblick haben sechs AutorInnen die 50-jährige Geschichte des cfd aufgearbeitet und im zeitgeschichtlichen Rahmen dargestellt.

176 Seiten, broschiert, A4, mit vielen Fotos, Fr. 28.--, zu beziehen beim cfd, Postfach 1274, 3001 Bern, 031/23 60 07.